



Niederschrift Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 19.04.2012
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:15 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	HFA/012/12

- 1 Bericht des Magistrats
- 2 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;
 - 2. Änderung des Flächennutzungsplans
 - Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung "Industriegebiet Ost"
 - Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans "Die Grabenäcker"Vorlage: 0065/S/12
- 3 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;
 - Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans "Östlich der Ringstraße - 1. Abschnitt" gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB)
 - Anordnung der Baulandumlegung gem. §§ 46 ff BauGBVorlage: 0068/S/12
- 4 Gewährung eines Investitionszuschusses an den Deutschen Kinderschutzbund Ried e.V.;
hier: Neubau einer Kinderkrippe/Kinder- und Familienzentrum
Vorlage: 0073/S/12
- 5 Bürger-Solarstromanlage "Regenrückhaltebecken Heidelberger Straße"
hier: Prüfantrag der Fraktion GuD vom 15.03.2012 sowie
Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion vom 27.03.2012
Vorlage: 0067/S/12
- 6 Städtebauliche und baurechtliche Beplanung der Rheinstraße von der Wormser Straße bis zum Fährhaus und der Schifferstraße von Fährhaus bis zur Hafenspitze
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2012
Vorlage: 0071/S/12
- 7 Nachwuchswerbung für die Freiwilligen Feuerwehren in Gernsheim, Allmendfeld und Klein-Rohrheim
hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2012
Vorlage: 0072/S/12
- 8 Wohnmobilparkplatz an der Wiese vor der Wasserschutzpolizei
hier: Prüfantrag der FWG-Fraktion vom 27.03.2012

- Vorlage: 0080/S/12
- 9 Verbesserung der Gesamtsituation Kindertageseinrichtungen in der Schöffersstadt Gernsheim
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012
Vorlage: 0081/S/12
- 10 Erarbeitung eines Kinderschutzburgenprogramms und Kinderstadtplans
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012
Vorlage: 0082/S/12
- 11 Jährlicher Tätigkeitsbericht des Kulturamtes
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012
Vorlage: 0083/S/12
- 12 Beteiligung der Stadt Gernsheim am Projekt "Stolpersteine"
hier: Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.04.2012
Vorlage: 0084/S/12
- 13 Nichtverkauf der Nassauischen Heimstätte
hier: Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.04.2012
Vorlage: 0085/S/12
- 14 Vermarktung von Grundstücken über das Internet
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2012
Vorlage: 0086/S/12
- 15 Digitaler Flächennutzungsplan
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2012
Vorlage: 0087/S/12
- 16 Nutzung des Vortragsraumes im Peter-Schöffers-Haus als Trauzimmer
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 04.04.2012
Vorlage: 0089/S/12
- 17 An- und Verkauf von Grundstücken;
Kaufgesuch der Kirchner und Partner GmbH, Spedition & Logistik, Gernsheim
Vorlage: 0070/S/12

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Herr stellv. Vorsitzender Fritsch begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt, Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr stellv. Vorsitzender Fritsch stellt fest, dass folgende Damen und Herren Stadtverordneten im Haupt- und Finanzausschuss stimmberechtigt sind:

Für die CDU: Frau Bonifer sowie die Herren Fritsch und Kaspar
Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Schnittker
Für die SPD-Fraktion: Herr von Haza-Radlitz
Für die Fraktion GuD: Herr Trommer
Für die FWG-Fraktion: Herr Schmitt

Herr Bürgermeister Burger beantragt, TOP 17 in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD, 1 FWG)
Nein-Stimmen : 1 (GuD)
Enthaltung : -

1 Bericht des Magistrats

Im Rahmen des Magistratsberichts informiert Herr Bürgermeister Burger die Anwesenden über folgende Punkte:

1.1 Erneuerung der Anschlussstelle Gernsheim der A 67, L 3112

Mit Schreiben vom 3. Februar 2012 ist die Stadt Gernsheim an Herrn Staatsminister Dieter Posch vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung herangetreten, und hat um Auskunft zum Sachstand zur geplanten Erneuerung der Anschlussstelle Gernsheim der A 67 mit der Anlage von Beschleunigungs- und Verzögerungsspuren gebeten.

1.2 Änderung der Hessischen Gemeindeordnung

Bedingt durch die Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung wird die Anpassung der Hauptsatzung sowie der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung erforderlich. Seitens der Verwaltung wird derzeit eine Vorlage zu beiden Punkten vorbereitet, die der Stadtverordnetenversammlung sowie den Ausschüssen zur vorbereitenden Beratung dienen soll. Eine Beschlussfassung ist wegen der vorgesehenen Beteiligung des Ältestenrates nach der Sommerpause vorgesehen.

1.3 Gewerbesteuerrückzahlungen der Firma Megal

Laut Anruf bei dem Finanzamt Düsseldorf-Nord wurde mitgeteilt, dass die Antragstellung zur Herabsetzung der VZ 2011 und 2012 durch die Firma Megal erfolgte. Dies führt für uns zu einer nicht vorhersehbaren Rückzahlung an Megal von Euro 223.126,00 für 2011 und vor Euro

164.061,00 für das Jahr 2012; insgesamt damit Euro 387.187,00, die von uns zurückzuerstatten sind.

1.4 Erneuerung der Trinkwasserleitungen in der Maria-Jockel-Kindertagesstätte

Die vorhandenen Trinkwasserleitungen aus Kupferrohr, die in Bodenkanälen unter der Bodenplatte verlegt sind, müssen aufgrund drohender Undichtigkeiten durch Lochfraß außer Betrieb genommen werden. Es ist geplant, neue Trinkwasserleitungen aus Edelstahlrohr im Deckenhohlraum zwischen den Abhang- und Holzbalkendecken vom Warmwasserspeicher im Heizraum bis zu den Entnahmestellen in den Sanitärräumen und den Kinderküchen zu verlegen. Aufgrund des Alters und den Kalkablagerungen ist der Warmwasserspeicher zu erneuern. Aus gleichen Gründen sind die Kindertoiletten und die Personaltoilette einschl. Spülkästen, Eckventilen und WC-Sitzen zu sanieren.

Nach der Verlegung der Rohrleitungen über den vorhandenen Vorwandinstallationen der Toiletten und Waschtische in den Sanitärräumen werden die Leitungen mit feuchtigkeitsresistenten Gipskartonplatten verkleidet und verflies.

Die Mehrkosten gegenüber der ursprünglichen Kostenschätzung von Mitte September 2011 resultieren nach Einschaltung eines Fachplaners daraus, dass es gemäß den Auflagen der Trinkwasserverordnung 2011 erforderlich ist, für die jährliche Beprobung des Trinkwassers eine neue Frischwasserstation mit Legionellenschaltung und zusätzliche Hygienespüleinrichtungen einzubauen.

Nach Rücksprache mit der Leiterin der Kindertagesstätte ist geplant, die Baumaßnahme in den Sommerferien 2012 auszuführen.

Im Haushalt stehen Mittel in Höhe von Euro 72.000,00 Verfügung. Für die Realisierung des Bauvorhabens sind gemäß der aktualisierten Kostenschätzung des Fachplaners Mittel in Höhe von Euro 108.000,00 notwendig. Die Restmittel in Höhe von Euro 36.000,00 stehen im Budget 3 – Bauverwaltung zur Verfügung und werden durch Zurückstellungen anderer Maßnahmen kompensiert.

1.5 Begehung des Gerätehauses der Feuerwehr Allmendfeld

Am 19.03.2012 erfolgte mit Vertretern der Freiwilligen Feuerwehr Allmendfeld eine Begehung des Gerätehauses um festzustellen, durch welche Umbaumaßnahmen die Verkehrsfläche zwischen den Spinden mit der Einsatzbekleidung und den erforderlichen Stellflächen der Fahrzeuge vergrößert werden kann.

Es besteht die Möglichkeit, die Räumlichkeiten in Richtung der Freifläche vor dem Alten Rathaus zu erweitern. Die Flächen sind im Eigentum der Stadt, baurechtlich begegnen einem Erweiterungsvorhaben keine Bedenken.

Im Rahmen der Begehung war ein kurz- bis mittelfristiges Sanierungspotential augenscheinlich erkennbar:

- Die Dacheindeckung des Pultdaches ist anscheinend über der Fahrzeughalle stellenweise undicht. Es ist ein Wasserschaden an der abgehängten Decke erkennbar,
- die Welleternit-Dacheindeckung ist durch die Bewitterung/Alterung in einem angegriffenen Zustand,
- die Holzfenster sind durch die Bewitterung/Alterung in einem sehr schlechten Zustand, die Holztüren im Sockelbereich,
- an verschiedenen Stellen ist aufsteigende Feuchtigkeit im Bereich der Aufstandsflächen der Außenwände auf der Gründung zu erkennen; der Putz/Anstrich löst sich ab,
- augenscheinlich ist die Entwässerungssituation auf der Südseite zu überprüfen, da hier die Fassade bereits über veralgt / bemoost ist,
- die Dachdeckung mit Ziegelsteinen der WC-Anlage und des alten Spritzenhauses ist stark durch Frost und Moosbewuchs geschädigt; hier besteht Handlungsbedarf.
- Die Entwässerungssysteme der Dächer sind teilweise zu überarbeiten.

Anordnung, Zuordnung, Größe und Ausbildung der Räumlichkeiten entsprechen nur bedingt dem heutigen Anforderungsprofil an ein Feuerwehrgerätehaus. Zur Beheizung aller Gebäudeteile ist ein hoher Jahres-Primärenergiebedarf erforderlich, da alle Bauteile nicht oder sehr schlecht gedämmt sind. Der Schlauchturn wird nicht mehr genutzt, ist durch seine Lage jedoch sehr raumgreifend und stellt eine nicht unerhebliche Kubatur, die zu unterhalten bleibt.

Als Ergebnis der Besichtigung muss festgehalten werden, dass die anstehenden Investitionen in die kurzfristige Umbaumaßnahme sowie die mittelfristig erforderlichen Sanierungsmaßnahmen in einem ungünstigen Verhältnis zu der damit erhaltenen Qualität der übrigen vorhandenen Bausubstanz, einer damit erreichten Verbesserung der räumlichen Situation im Gesamtkontext und damit zu erwartenden längeren Nutzungsdauer der Gebäudeteile stehen.

Die Bauverwaltung will bis Jahresende 2012 eine Kostenschätzung der angesprochenen Sanierungsmaßnahmen erstellen. Gleichzeitig sollen alternativ die Kosten für einen möglichen Abbruch und die Neuerrichtung eines Feuerwehrgerätehauses in Leichtbauweise ermittelt und gegenübergestellt werden.

1.6 Umfahrung Klein-Rohrheim

(1) Im Ried-Echo vom 14. April 2012 war zu lesen, das Bundesverkehrsministerium habe die B44-Ortsumgehung Klein-Rohrheim in den Investitionsrahmenplan 2011 bis 2015 unter der Rubrik „Weitere wichtige Vorhaben“ aufgenommen. Ein Baubeginn sei nach 2015 anvisiert.

(2) Nach Rücksprache mit dem Büro unseres Bundestagsabgeordneten Dr. Franz Josef Jung sind dazu folgende Sachverhalte von Bedeutung:

Die Ortsumgehung Klein-Rohrheim steht im Bundesverkehrswegeplan nach wie vor unter der Rubrik „vordringlicher Bedarf“. Der Bundesverkehrswegeplan hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Vom Bundesverkehrswegeplan ist der Investitionsrahmenplan zu unterscheiden. Der Investitionsrahmenplan hat eine Laufzeit von fünf Jahren. In ihm sind die Maßnahmen aufgeführt, für die tatsächlich Bundesmittel bereit gestellt werden sollen.

Da der Stadtteil bislang nicht im Investitionsrahmenplan aufgeführt war, ist die Aufnahme Klein-Rohrheims in diesen Plan zumindest als kleiner Erfolg zu werten.

(3) Gleichwohl möchte ich nicht verhehlen, dass wir in Gernsheim auf eine frühere Realisierung gehofft hatten und nach wie vor hoffen. Mit der Plangenehmigung ist in den nächsten Wochen zu rechnen.

Auf dem Weg zu dieser Plangenehmigung zeigten insbesondere die Flächeneigentümer ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft. Mit allen Eigentümern wurden Besitzüberlassungsvereinbarungen geschlossen. Die Stadt Gernsheim hat eigene Flächen zum Tausch in das Verfahren eingebracht.

Diese nicht unerheblichen Vorleistungen wurden insbesondere deshalb getätigt, um das Verfahren zu beschleunigen und um auf ein zeitaufwändiges Planfeststellungsverfahren verzichten zu können.

Von Seiten des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen wurde uns mehrmals - auch schriftlich - eine Bauausführung im Jahr 2013 in Aussicht gestellt.

(4) Nach erfolgter Plangenehmigung möchte ich selbst über den Bundestagsabgeordneten Dr. Jung Kontakt mit dem Bundesverkehrsministerium aufnehmen, um die Chancen zu erkunden, dass die Ortsumgehung Klein-Rohrheim noch vor 2015 gebaut werden kann.

Wenn der Hessische Wirtschaftsminister Posch verlautbart, die Chancen für die Ortsumgehung hätten sich verbessert, so deckt sich dies nicht mit unserer eigenen Einschätzung.

1.7 Flusskraftwerk

Zu den bereits am 24.02.2012 einstimmig beschlossenen Anträgen der

CDU-Fraktion sowie des dazu gehörigen Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sind noch Referenten zum Thema „Energiegewinnung aus Wasserkraft“ einzuladen. Eine Terminierung ist bisher noch nicht erfolgt. Es ist beabsichtigt, diese Infoveranstaltung bis zur Sommerpause durchzuführen, soweit die Terminabsprache mit geeigneten Referentinnen und Referenten dies möglich macht.

- 2 Bauleitplanung der Schöffersstadt Gernsheim;**
- 2. Änderung des Flächennutzungsplans
- Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung
"Industriegebiet Ost"
- Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans "Die Grabenäcker"
Vorlage: 0065/S/12

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Magistrat, die Bauleitplanverfahren zur

- 2. Änderung des Flächennutzungsplans
- Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Industriegebiet Ost“
- Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans „Die Grabenäcker“

mit der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Absatz 1 BauGB) durch eine dreiwöchige Auslegung der Planunterlagen zur Äußerung und Erörterung sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Absatz 1 BauGB) durchzuführen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

- 3 Bauleitplanung der Schöffersstadt Gernsheim;**
- Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans "Östlich der
Ringstraße - 1. Abschnitt" gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch
(BauGB)
- Anordnung der Baulandumlegung gem. §§ 46 ff BauGB
Vorlage: 0068/S/12

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Beschluss zu 1:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Wohnanlage östlich der Ringstraße – 1. Abschnitt“. Ziel des Bebauungsplanverfahrens soll die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes nach § 4 der Baunutzungsverordnung sein.

Beschluss zu 2:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf Grund des § 46 Baugesetzbuch vom 23. September 2004 (BGBl. I Nr. 52), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509), die Anordnung der Baulandumlegung für das Gebiet Gernsheim „Wohnanlage östlich der Ringstraße - 1. Abschnitt“ zum Zwecke der Erschließung von neuem Bauland. Als Umlegungsstelle wird der Magistrat eingesetzt.

Die Abstimmung der Ziffern 1. und 2. erfolgt getrennt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu 1: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu 2: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

4

Gewährung eines Investitionszuschusses an den Deutschen Kinderschutzbund Ried e.V.;
hier: Neubau einer Kinderkrippe/Kinder- und Familienzentrum
Vorlage: 0073/S/12

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Kaspar für die CDU-Fraktion und Herr von Haza-Radlitz für die SPD-Fraktion mit, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten werden, da in den Fraktionen noch Beratungsbedarf besteht.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt schlägt vor, über diese

Vorlage erst in der für 24.04.2012 terminierte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abzustimmen.

Dem Vorschlag wird einvernehmlich zugestimmt.

5 Bürger-Solarstromanlage "Regenrückhaltebecken Heidelberger Straße"
hier: Prüfantrag der Fraktion GuD vom 15.03.2012 sowie
Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion vom 27.03.2012
Vorlage: 0067/S/12

Im Rahmen der Aussprache der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft beantwortete Herr Bürgermeister Burger die Frage, die seitens der Fraktion GuD in ihrem Antrag gestellt wurden.

Zum Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion teilte Herr Bürgermeister Burger mit, dass seiner Meinung nach die Errichtung einer Klein- bzw. Leichtwindkraftanlage im Industrie- und Gewerbegebiet sinnvoller wäre. Von Seiten der Stadt Gernsheim können keine Gebäude vorgeschlagen werden. Die kommunalen Spitzenverbände haben diesbezüglich zu wenig Erfahrung gesammelt.

Herr Kaspar fragte an, ob es im Antrag heißt: „Welche Gebäude **in der** Stadt Gernsheim ... oder „Welche Gebäude **der** Stadt Gernsheim. Herr stellv. Vorsitzender Gerhard Weyrauch (FWG-Fraktion) teilt mit, dass das Wort „**in**“ zu streichen ist.

Der Antrag lautet im ersten Satz nun:

„Welche Gebäude **der Stadt** Gernsheim können für“

Herr Bürgermeister Burger teilte weiterhin mit, dass er in der am 24.04.2012 stattfindenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu Klein- und Leichtwindkraftanlagen etwas sagen wird.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters und der Zusage, in der am 24.04.2012 stattfindenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung noch offene Frage zu beantworten wird seitens der Fraktion GuD der Prüfantrag und seitens der FWG-Fraktion der Ergänzungsantrag als erledigt erklärt.

Eine formelle Abstimmung erfolgt nicht.

Städtebauliche und baurechtliche Beplanung der Rheinstraße von der Wormser Straße bis zum Fährhaus und der Schifferstraße von Fährhaus bis zur Hafenspitze

hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2012

Vorlage: 0071/S/12

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird im Hinblick auf die Vorbereitungen des HH-Planes 2013 und der folgenden Jahre gebeten die städtebauliche Entwicklung für die oben genannten Bereiche zu beplanen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung zuzuleiten. Dabei sind u.a. zu berücksichtigen

- Verkehrsführungen zur Fähre bis hin zur Hafenspitze
- die bauliche Gestaltung der Gehwege
- die Parkplatzsituationen vor dem Sportlerheim und im Vorflutgelände einschließlich der vor dem Europagarten
- die Abgrenzung des Festplatzgeländes zur Verkehrsfläche
- die Areale Fischerfesthaus, Fischerfesthalle, Kiosk-Fährstübchen, öffentliche WC-Anlage, städtische Liegenschaft Schifferstraße 34, Wasser- und Schifffahrtsdirektion, Hotel Rheingold, Betriebsgebäude der ehemaligen Fa. Laufer und Hofmann, Wasserschutzpolizei etc.

Eine von privater Seite in Auftrag gegebene Studie über die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Bereiches sollte in die Überlegungen mit einbezogen werden; ebenso die Studie von Herrn Bornhofen über die Verkehrssituation in diesem Gebiet.

Im Rahmen der Aussprache im Bauausschuss am 18.04.2012 empfiehlt Herr Trommer (GuD) den Antrag in einen Prüfantrag umzuwandeln. Des weiteren bittet er darum, dass die Verwaltung die Planungskosten für die städtebauliche Entwicklung ermittelt.

Herr Fraktionsvorsitzender Horst-Dieter Kaspar erklärt für die CDU-Fraktion, dass er mit der Umwandlung des vorliegenden Antrages in einen Prüfantrag einverstanden ist.

Der Antrag lautet nun wie folgt:

Die CDU-Fraktion bittet zu prüfen:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird im Hinblick auf die Vorbereitungen

des HH-Planes 2013 und der folgenden Jahre gebeten, die die Kosten einer städtebaulichen Entwicklung für die oben genannten Bereiche zu ermitteln und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme und

Beschlussfassung zu- zuleiten. Dabei sind u.a. zu berücksichtigen.

- Verkehrsführungen zur Fähre bis hin zur Hafenspitze
- die bauliche Gestaltung der Gehwege
- die Parkplatzsituationen vor dem Sportlerheim und im Vorflutgelände einschließlich der vor dem Europagarten
- die Abgrenzung des Festplatzgeländes zur Verkehrsfläche
- die Areale Fischerfesthaus, Fischerfesthalle, Kiosk-Fährstübchen, öffentliche WC-Anlage, städtische Liegenschaft Schifferstraße 34, Wasser- und Schifffahrtsdirektion, Hotel Rheingold, Betriebsgebäude der ehemaligen Fa. Laufer und Hofmann, Wasserschutzpolizei etc.

Eine von privater Seite in Auftrag gegebene Studie über die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Bereiches sollte in die Überlegungen mit einbezogen werden; ebenso die Studie von Herrn Bornhofen über die Verkehrssituation in diesem Gebiet.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 5 (3 CDU, 1 GuD, 1 FWG)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 2 (1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)

7 Nachwuchswerbung für die Freiwilligen Feuerwehren in Gernsheim, Allmendfeld und Klein-Rohrheim hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2012 Vorlage: 0072/S/12

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird in Zusammenarbeit mit den freiwilligen Feuerwehren gebeten zu prüfen, ob es auf Grund der derzeitigen HH-Lage finanziell möglich ist, z. b. städtische Fahrzeuge durch entsprechende äußere Gestaltung werbewirksam für die Nachwuchsgewinnung der Freiwilligen Feuerwehren einzusetzen. Andere alternative werbewirksame Initiativen sind ebenfalls zu nutzen.

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Piscopia für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit, dass seiner Meinung nach keine Werbung auf städtischen Fahrzeugen gemacht werden solle. Vielmehr solle der Gewinn, der über eine Fotovoltaikanlage erwirtschaftet wird, der Jugendfeuerwehr zugute kommen soll.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 1 SPD, 1 FWG, 1 GuD)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (Bündnis 90/Die Grünen)

8 Wohnmobilparkplatz an der Wiese vor der Wasserschutzpolizei hier: Prüfantrag der FWG-Fraktion vom 27.03.2012 Vorlage: 0080/S/12

Seitens der FWG-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Wir bitten Sie, zu prüfen, ob die Wiese vor der Wasserschutzpolizei in Gernsheim als Wohnmobil-Parkplatz geeignet ist. Durch das Fischerfest ist die Infrastruktur für Strom und Wasseranschluss schon gegeben und wird nur. ca. 3 Wochen im Jahr genutzt. Natürlich sollte bei Genehmigungen des Parkplatzes eine Sperrung dessen, für eine angemessene Zeit vor und nach dem Fife gemacht werden, um Überschneidungen durch die Nutzung der Schausteller zu vermeinden. Man könnte durch die Wohnmobilparkplatz-Ausweisung touristisch die Stadt Gernsheim bewerben und die Gastronomie und geschäftswelt der Stadt Gernsheim beleben.

Im Rahmen der Aussprache in der Sitzung des Bauausschusses am 18.04.2012 bat Herr Bürgermeister Burger darum, den Antrag zu konkretisieren. Zu bedenken wäre, wie mit der Hafenspitze umgegangen werden soll, ob Gebühren für die Nutzung des Wohnmobilparkplatzes erhoben werden sollen. Wie hat man sich die Beseitigung des anfallenden Mülls vorgestellt ?

Herr Kaspar gab zu bedenken, dass von der Brücke über dem Winkelbach eine Gefahr durch herab fallende Steine ausgeht.

Herr Vorsitzender Rudolf Schmitt schlug vor, den Prüfantrag in die für 24.04.2012 terminierte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu verschieben. Seitens der FWG-Fraktion werden dann entsprechende nähere Erläuterungen gegeben bzw. der Antrag modifiziert vorgelegt.

Dem Vorschlag wird einvernehmlich zugestimmt.

Es erfolgte somit in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ebenfalls keine Abstimmung.

9 Verbesserung der Gesamtsituation Kindertageseinrichtungen in der Schöfferstadt Gernsheim hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012 Vorlage: 0081/S/12

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Gesamtmaßnahmenplan (Was? soll bis wann? und von wem? umgesetzt werden?) zur Verbesserung der Situation in den Kindertageseinrichtungen der Schöffersstadt Gernsheim.

Des weiteren wird seitens der Fraktion GuD folgender Ergänzungsantrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Zusätzlich zum Gesamtmaßnahmeplan bzw. vor dessen Erstellung sollen die bereits vorliegenden Praxiserfahrungen der vergleichbaren Kommune Büttelborn mit dem „Modulsystem“ erfragt und einbezogen werden. Ein auskunftsfähiger Mitarbeiter, z. B. der Fachbereichsleiter Kinder- und Jugendförderung in der Gemeinde Büttelborn, Herr Loos, soll in einer Informationsveranstaltung vor den Ausschussmitgliedern JKSS und evtl. allen anderen Stadtverordneten darüber referieren und Fragen beantworten.

Im Rahmen der Aussprache bestand Einvernehmen, dass Änderungswünsche im Vorfeld einfließen sollten.

Herr Bürgermeister Burger schlägt vor, das ganze in einem Formular zu manifestieren, das von allen vier Kitas bzw. Kinderkrippe zentral an die Stadt Gernsheim weitergeleitet und bei der Stadt Gernsheim zentral erfasst wird.

Eine entsprechende Software wäre anzuschaffen.

Zum Ergänzungsantrag der GuD besteht Einvernehmen, dass mit der Gemeinde Büttelborn Kontakt aufgenommen wird und ein entsprechender schriftlicher Bericht den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wird.

Eine formelle Abstimmung soll erst in der für 24.04.2012 terminierten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen.

**10 Erarbeitung eines Kinderschutzburgenprogramms und Kinderstadtplans
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012
Vorlage: 0082/S/12**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Zu einer Sondersitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur, Sport und Soziales werden der Stadtjugendpfleger Herr Mike Schumann, Vertreter der Wirtschafts- und Verkehrsvereinigung, der Kirchengemeinden, der Grundschule, der Förder- und Sekundarstufe und dem Kinderschutzbund eingeladen, um sich über das Kinderschutzburgenprogramm zu informieren und ein entsprechendes Konzept auf den Weg zu bringen. Ein Referat (z. B. des Projekts Schutzburgen oder Vertreter aus Nachbarkommunen, die an dem Projekt bereits teilnehmen) ist hierzu einzuladen. Weiterhin sollen die Voraussetzungen für einen zu erarbeitenden Kinderstadtplan geschaffen werden

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

11 Jährlicher Tätigkeitsbericht des Kulturamtes hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012 Vorlage: 0083/S/12

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen.

Der Magistrat wird beauftragt, jährlich vor der Sommerpause einen Tätigkeitsbericht des Kulturamtes im Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales abzugeben. Zu der jeweiligen Sitzung sind alle Stadtverordneten einzuladen.

Der Tätigkeitsbericht soll Informationen über die Veranstaltungen in der Stadthalle, Schöfflerhaus oder Freiluftveranstaltungen (z.B. Kerb, Weihnachtsmarkt), liefern. Das

Kulturamt soll für die jeweiligen Veranstaltungen: Kosten, Erlöse, Besucherzahlen und sonstige wichtige Eckdaten zusammenstellen dem Ausschuss vortragen und den Stadtverordneten in schriftlicher Form zukommen zu lassen.

Darüber hinaus soll ein Ausblick auf geplante kulturelle Veranstaltungen und Aktionen gegeben werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Beteiligung der Stadt Gernsheim am Projekt "Stolpersteine"
hier: Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 03.04.2012
Vorlage: 0084/S/12

Seitens der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gernsheim wird gebeten, zu beschließen:

- Die Stadt Gernsheim beteiligt sich am Projekt „Stolpersteine“, das die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der Zigeuner, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer im Nationalsozialismus lebendig erhält.
 - Die Stolpersteine sollen vor den letzten frei gewählten Wohn- und Arbeitsstätten der NS-Opfer im Stadtgebiet verlegt und niveaugleich im Pflaster des Gehwegs eingelassen werden.
 - Der Magistrat wird beauftragt, mit den hiesigen Heimat- und Geschichtsvereinen Kontakt aufzunehmen, um die Daten (wenn nicht schon bereits vorhanden) zu erarbeiten, die zur Beschriftung entsprechender „Stolpersteine“ benötigt werden.
 - Die Stadt übernimmt die Kosten für den ersten „Stolperstein“ und dessen Verlegung. Weiterhin fordert die Stadtverordnetenversammlung die Parteien, Vereine und alle Einwohnerinnen und Einwohner auf, weitere „Stolpersteine“ zu spenden.
- Dieses Projekt soll solange angelegt werden, bis vor jedem Haus ein „Stolperstein“ liegt, in dem ehemalige Mitbürgerinnen und Mitbürger wohnten, welche in der Zeit des Faschismus deportiert wurden.

Des weiteren wird seitens der Fraktion GuD folgender Ergänzungsantrag vorgelegt.

Die Abstimmung über diesen sehr begrüßenswerten Antrag wird auf die Stadtverordnetenversammlung Mai vertagt. Zuvor erhalten die Stadtverordneten die Gelegenheit, sich am 10. Mai zur Ausschusssitzung JKSS bei der anberaumten Informationsveranstaltung umfassend über das besondere Kunstprojekt „Stolpersteine“ kundig zu machen.

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass Herr Vorndran in der Ausschuss-Sitzung des Jugend, Kultur, Sport und Soziales am 10.05.2012 diesbezüglich referieren wird.

Frau Birgit Weinmann und Herr Bastian Schäfer sind damit einverstanden, dass die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag erst nach dem Vortrag von Herrn Vorndran am 10.05.2012 erfolgen wird.

Der Ergänzungsantrag der Fraktion GuD ist nach den Ausführungen durch

Herrn Bürgermeister Burger erledigt.

Eine formelle Abstimmung erfolgt nicht.

13 Nichtverkauf der Nassauischen Heimstätte
hier: Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündis 90/Die
Grünen vom 03.04.2012
Vorlage: 0085/S/12

Seitens der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgende Resolution vorgelegt:

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung in Gernsheim lehnt die Pläne der Hessischen Landesregierung, die Wohnungsbaugesellschaft "Nassauische Heimstätte" zu verkaufen, entschieden ab. Wohnen ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Versorgung der Menschen mit bezahlbarem Wohnraum gehört zu den wichtigen Infrastrukturleistungen des Landes und die Nassauische Heimstätte ist dafür ein wichtiger Partner.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, gegebenenfalls unter Einschaltung der kommunalen Spitzenverbände, bei der Hessischen Landesregierung gegen die Verkaufsabsicht zu protestieren.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 4 (1 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG, 1 GuD)
Nein-Stimmen : 3 (CDU)
Enthaltung : -

14 Vermarktung von Grundstücken über das Internet
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2012
Vorlage: 0086/S/12

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, die zukünftige Vermarktung von städtischen Grundstücken sowie neuen Wohn-, Misch-, Geerbe- und Industriegebieten

auch über das Internet zu betreiben. Zu präferieren ist hier das Portal „wunschgrundstück.de“.

Im Rahmen der Aussprache teilte Herr Bürgermeister Burger in der Sitzung des Bauausschusses am 18.04.2012 mit, dass der Antrag eigentlich erledigt ist, da seit März 2012 die Stadt Gernsheim über das Internet bereits unter www.kip-hessen.de sowie www.wunschgrundstück.de mit einem Standortmarketing vertreten ist.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters erklärt Herr Jan Deboy für die SPD-Fraktion den Antrag als erledigt.

15 Digitaler Flächennutzungsplan
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2012
Vorlage: 0087/S/12

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, den Flächennutzungsplan für die Gemarkung Gernsheim einschließlich der Erläuterungen in digitaler Form – beispielsweise als PDF – der Öffentlichkeit über die Homepage der Stadt Gernsheim zur Verfügung zu stellen.

Im Rahmen der Aussprache sagt Herr Bürgermeister Burger zu, dass nach der Inbetriebnahme des neuen Internetauftrittes auch der Flächennutzungsplan digital eingestellt wird.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters erklärt der Antragsteller den Antrag als erledigt.

16 Nutzung des Vortragsraumes im Peter-Schöffers-Haus als Trauzimmer
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 04.04.2012
Vorlage: 0089/S/12

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt.

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Alternativ können sich zukünftige Eheleute zwischen einer Trauung im Bürgersaal des Stadthauses und einer Trauung im Vortragsraum des Peter-Schöffers-Hauses entscheiden, sofern in diesem Vortragsraum keine andere Belegung Vorrang hat. Die erforderlichen Einrichtungen (z.B. Schreibtisch für den

Standesbeamten/der Standesbeamtin) sind aus Mitteln des laufenden HH-Planes zu ergänzen. Darüber hinaus ist eine Nutzungs- und Gebührenordnung für dieses alternative Angebot durch den Magistrat zu erarbeiten.

Des weiteren wird seitens der Fraktion GuD folgender Erweiterungsantrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

1. Zusätzlich zur beantragten Nutzung des Vortragsraumes als Trauzimmer wird
der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim beauftragt, geeignete Regelungen zur
effizienteren und vielfältigeren Nutzung des Mehrzweckraums im Erdgeschoss
des Schöffenhauses zu erarbeiten.
2. Die Nutzung soll begrenzt werden auf Veranstaltungen, die im öffentlichen Interesse stehen. Diese Veranstaltungen sollen museal-kulturellen, völkerverständigenden, die Geschichte erklärenden und weiteren Bildungszwecken dienen.
3. Vermietungen und Überlassungen ausschließlich zu solchen Zwecken, die dem öffentlichen Nutzungsinteresse dienen, sind zu genehmigen.
4. Der Magistrat erarbeitet Vergaberegeln und legt der Stadtverordnetenversammlung einen Regelungskatalog zur Überlassung vor.
5. Dieser Regelungskatalog und die damit verbundene Überlassung des Vortragsraumes wird probeweise und befristet für ein Jahr in Kraft gesetzt.
6. Zeitnah vor Ablauf des Jahres berichtet der Magistrat über Erfahrungen Beiden Überlassungen. Dabei sollen Änderungen des Regelungskatalogs erörtert und eine dauerhafte Regelung gemeinsam im Stadtparlament erarbeitet werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Ergänzungsantrag der Fraktion GuD: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Antrag der CDU-Fraktion : Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Stellv. Vorsitzender

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für die SPD-Fraktion

Für die Fraktion GuD

Für die FWG-Fraktion

Schriftführerin